

Editorial: Erfolgreiche Innovationspolitik
schließt auch die Bildung ein

Konjunkturprognose 2007: Finanzpolitik
dämpft Aufschwung nur vorübergehend

Innovationen: NRW hinkt Deutschlands Süden
deutlich hinterher

Konferenzen: „Subventionen und Subventions-
abbau“ – erste „Wissenschaftsmesse Ruhr“ –
„Zuwanderung und Demographie“ – Ruhr-
pressekonferenz zu Strukturförderung – Dritter
Jahrgang der RGS Econ begrüßt

RWI : Discussion Papers – RWI : Materialien

Interna: Andreas Oberheitmann forscht
in China – David Card erhält IZA-Preis –
Neu im Team

Nr. 5/2006



Erfolgreiche Innovationspolitik schließt auch die Bildung ein

In der Wissensgesellschaft der Zukunft wird das Humankapital zum entscheidenden Produktionsfaktor werden. Doch Wissen hat eine kurze Verfallsdauer. Vorteile im globalen Wettbewerb werden daher vor allem diejenigen haben, die ihr Wissen stetig aktualisieren und engagiert ausbauen. Denn der „Rohstoff“ Wissen ist die Voraussetzung für künftige Innovationen. Deshalb wurden in dem vom RWI Essen und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft erstellten „Innovationsbericht 2006“ für NRW (s. auch S. 5–7) auch die Bereiche Schule, Ausbildung und Hochschulen einbezogen.

Obwohl Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahrzehnten massiv in sein Bildungssystem investiert hat, liegen die Ausgaben des Landes pro Schüler/Studierendem unter dem Bundesdurchschnitt. Die für den Absolventenjahrgang 2000 berechnete Übergangsquote von der Schule zur Hochschule war mit 66,2 Prozent die niedrigste in Deutschland. Die Fachstudiendauer ist länger als beispielsweise in den süddeutschen Flächenländern Bayern und Baden-Württemberg, der Anteil der Langzeitstudenten ist vergleichsweise hoch. Auch das Angebot an Ausbildungsplätzen im Verhältnis zur Nachfrage liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Alle diese Ergebnisse zeigen, dass NRW auch im Bereich Bildung besser werden muss, wenn es in puncto Innovationen zu Bayern und Baden-Württemberg auf-



schließen will. Ansatzpunkte gibt es viele. So sind beispielsweise Studiengebühren geeignet, das Hochschulsystem effizienter zu machen. Vorausgesetzt, sie werden auch tatsächlich zur Verbesserung der Lehre verwendet. Eine große Rolle spielt auch der Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft. Hier kommt es vor allem auf fokussiertes und abgestimmtes Vorgehen an. Es ist zu bezweifeln, ob in der Vergangenheit gewählte institutionelle Ansätze, beispielsweise die Transferstellen der Hochschulen, diesen Zweck erfüllt haben. Eine konsequente Evaluierung und gegebenenfalls Restrukturierung könnten hier helfen, Wissen und Innovationen schneller aus der Wissenschaft in die Wirtschaft zu transportieren.

Eines gilt jedenfalls für die Innovationspolitik genauso wie für den Produktionsfaktor Wissen selbst: nur, wer ständig in Bewegung bleibt, kann es an die Spitze schaffen.

Christoph M. Schmidt

Aus der Forschung

Konjunkturprognose 2007:

Finanzpolitik dämpft Aufschwung nur vorübergehend

Das RWI Essen erwartet für 2007 eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs. Die wesentlichen Gründe sind die anhaltend günstigen Investitionsbedingungen und das

auch weiterhin positive internationale Umfeld. Die privaten Konsumausgaben steigen hingegen weiterhin wohl nur gering, erhalten aber voraussichtlich allmählich Auftrieb

durch die sich verbessernde Beschäftigung. Damit erhöhen wir unsere Prognose für das Wachstum des realen BIP 2007 um 0,2%-Punkte auf 1,9%. Die Arbeitslosenquote dürfte 2007 auf 9,5% zurückgehen. Das staatliche Defizit wird nach der RWI-Prognose 2006 nur noch 2,2% des nominalen BIP ausmachen, womit die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht erstmals seit 2001 eingehalten würde. Für das kommende Jahr ist ein weiterer Rückgang auf 1,4% angelegt.

Die deutsche Wirtschaft erlebt derzeit den kräftigsten Aufschwung seit dem *new economy*-Boom der Jahre 1999/2000. 2006 dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,5% wachsen, das ist deutlich mehr, als von uns vor einem Jahr an dieser Stelle prognostiziert wurde (1,6%). Insbesondere die Belebung der Inlandsnachfrage war damals noch nicht absehbar. Sie expandierte nach aktuellem Erkenntnisstand mit einer Rate von 2,1% und damit doppelt so rasch

wie ehemals erwartet. Treibende Kraft des Aufschwungs waren die Ausrüstungsinvestitionen, die um 7,8% gegenüber 2005 zugelegt haben dürften. Wesentlich zur guten Konjunktur beigetragen hat auch, dass die Bauinvestitionen nach einem fast zehn Jahre währenden Rückgang erstmals wieder ein deutliches Plus von 3,1% aufwiesen. Schwach blieben hingegen die privaten Konsumausgaben. Der Zuwachs um 0,9% dürfte zu einem beträchtlichen Teil auf das Vorziehen von Käufen aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 zurückzuführen sein.

Die Aussichten, dass sich der Aufschwung im neuen Jahr fortsetzt, sind günstig. Zwar geht die Finanzpolitik auf einen merklich restriktiven Kurs. Die Belastungen durch höhere Steuern und den Abbau von Steuerergünstigungen werden durch die sinkenden Sozialversicherungsbeiträge bei weitem nicht ausgeglichen. Unterm Strich dürfte der Entzug von Einkommen durch die Finanzpolitik annähernd 20 Mrd. € ausmachen. Gleichzeitig sind jedoch die Auftragsbücher der Unternehmen gut gefüllt, die Investitionstätigkeit wird durch die gestiegene Kapazitätsauslastung angeregt und durch die nur noch bis Ende 2007 geltenden erhöhten Abschreibungssätze begünstigt. Die internationale Konjunktur dürfte sich zwar abschwächen, jedoch deutet wenig auf einen Abschwung hin.

Hinzu kommt, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt seit Jahresanfang 2006 beträchtlich verbessert hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist im November erstmals seit vier Jahren unter 4 Mill. gesunken, und es werden insbesondere wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Damit erhöhen sich die Zahl der Einkommensbezieher und das verfügbare Einkommen. Dies dürfte sich positiv auf die Einkommenser-

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2006 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2005	2006 ^s	2007 ^s
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,5	1,9
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,2	1,0	0,5
Private Haushalte ²	0,1	0,9	0,3
Staat	0,6	1,1	0,9
Anlageinvestitionen	0,8	5,4	4,2
Ausrüstungen	6,1	7,8	6,5
Bauten	-3,6	3,1	2,1
Sonstige Anlagen	4,7	6,4	3,9
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,3	0,2	0,1
Inlandsnachfrage	0,5	2,1	1,4
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,4	0,5	0,6
Ausfuhr	6,9	11,6	8,3
Einfuhr	6,5	11,6	7,8
Erwerbstätige ³ , in 1000	38 822	39 060	39 340
Arbeitslose ⁴ , in 1000	4 861	4 495	4 145
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	11,2	10,3	9,5
Verbraucherpreise ⁶	2,0	1,7	2,2
Lohnstückkosten ⁷	-1,1	-1,3	-0,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd. €	-72,6	-50,0	-34,0
in % des BIP	-3,2	-2,2	-1,4
Leistungsbilanzsaldo ⁹ , in Mrd. €	92,6	87,5	95,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹In Preisen des Vorjahres (Kettenindex, 2000 = 100). – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^sEigene Schätzung.

wartungen auswirken. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass der private Konsum sich trotz der erhöhten Steuerbelastung im Verlauf von 2007 belebt. Der Zuwachs dürfte mit 0,3% allerdings gering bleiben, weil im kommenden Jahr jene Käufe fehlen, die in das Jahr 2006 vorgezogen wurden. Insgesamt prognostizieren wir eine Zunahme des realen BIP um 1,9%.

Preisaufrtrieb verstärkt sich

Mit dem Rückgang des Rohölpreises seit August 2006 hat sich der Preisaufrtrieb in Deutschland spürbar beruhigt. Die am Jahresbeginn 2007 in Kraft tretenden Steuererhöhungen dürften die Inflation allerdings wieder ansteigen lassen. Rein rechnerisch hätten ein um 3%-Punkte höherer Regelsatz der Mehrwertsteuer und die entsprechende Anhebung der Versicherungssteuer eine Preissteigerung um knapp 1,4%-Punkte zur Folge. Allerdings werden die Unternehmen gleichzeitig bei den Sozialabgaben entlastet, so dass der Preisimpuls geringer ausfallen dürfte; wir schätzen ihn auf 1%-Punkt. Im Jahresdurchschnitt 2007 dürfte die Teuerung 2,2% betragen. Dabei ist unterstellt, dass die Rohstoffpreise leicht zurückgehen.

Im Anziehen der Inflation in der ersten Jahreshälfte 2007 liegt ein Risiko für die Konjunktur. In diesem Zeitraum finden zahlreiche Tarifverhandlungen statt. Das Zusammentreffen einer besseren Lage am Arbeitsmarkt, guter Gewinne und einer höheren Teuerung kann leicht zu Lohnabschlüssen führen, die beschäftigungspolitisch verfehlt sind. Es könnte zudem zu höheren Tarifabschlüssen in anderen Ländern des Euro-Raums kommen. Die EZB müsste mit kräftigeren Zinsschritten reagieren, und dies dürfte die Expansion im Euro-Raum und in Deutschland dämpfen.

Besserung am Arbeitsmarkt: Mehr als Konjunktur?

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Jahresanfang 2006 spürbar aufgehellt. Die

Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt um fast 500 000 gesunken, die der Erwerbstätigen um etwa 400 000 gestiegen. Insbesondere wird wieder Beschäftigung in Bereichen geschaffen, die nicht durch die Arbeitsmarktpolitik gefördert werden. Für die Prognose des Arbeitsmarkts ist entscheidend, ob der Rückgang der Arbeitslosigkeit rein konjunkturell bedingt ist, oder ob darin auch ein Erfolg der Reformen zum Ausdruck kommt.

Am aktuellen Rand lässt sich diese Frage naturgemäß nur schwer beantworten. Dass derzeit die Zahl der Erwerbslosen – ganz im Gegensatz zu früheren Erfahrungen – stärker sinkt als die Beschäftigung steigt, deutet allerdings darauf hin, dass sich Arbeitslose – etwa mangels Anspruch auf Arbeitslosengeld – in die Stille Reserve zurückziehen. Gegen einen deutlichen Effekt der Arbeitsmarktreformen spricht auch, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen bislang kaum abgebaut werden konnte. Vor diesem Hintergrund prognostizieren wir, dass sich mit der schwächer werdenden Konjunktur der Aufschwung am Arbeitsmarkt nachlässt. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote dürfte zwar 2007 weiter auf 9,5% sinken, dies allerdings in erster Linie aufgrund des „statistischen Unterhangs“.

Budgetdefizit sinkt spürbar

Aufgrund der guten Konjunktur ist das Budgetdefizit des Staates im zu Ende gehenden Jahr deutlich gesunken. Die Defizitquote dürfte von 3,2% auf 2,2% zurückgehen, womit Deutschland zum ersten Mal seit 2001 die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages einhält. Ausschlaggebend hierfür war der mit rund 3,2% kräftige Anstieg des Steueraufkommens, insbesondere der gewinnabhängigen Steuern. Zugleich wurden die Staatsausgaben erneut nur moderat um 0,9% ausgeweitet. 2007 dürfte die Defizitquote wegen der angesprochenen

fiskalischen Maßnahmen weiter sinken, unserer Erwartung nach auf 1,4%.

Risiken im weltwirtschaftlichen Umfeld

Die deutsche Konjunktur ist gegenwärtig weniger abhängig von der Weltwirtschaft als in den vergangenen Jahren, da die wesentlichen Impulse aus dem Inland kommen. Dies macht Deutschland weniger anfällig für Störungen von außen. Allerdings haben die außenwirtschaftlichen Risiken jüngst zugenommen. In den USA senden die Konjunkturindikatoren widersprüchliche Signale aus. Der Boom an den Immobilienmärkten ist wie erwartet zu Ende gegangen. Dies wirkt sich über sinkende Bauinvestitionen, aber auch aufgrund der mit einem Immobilienpreisverfall verbundenen „Vernichtung“ von Vermögenswerten negativ aus. Die Frage ist, inwieweit diese

Vermögenswirkungen beispielsweise durch die steigenden Aktienkurse ausgeglichen werden und ob sich die Verlangsamung verstärkt und die USA möglicherweise sogar in einen Abschwung geraten. Die Aussicht auf eine dort schwächere Expansion hat angesichts des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits unlängst die Devisenmärkte bereits verunsichert und zu einer Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro geführt. Träfe eine starke Abkühlung der Konjunktur in den USA mit einer kräftigen Abwertung des Dollar zusammen, würden sich die internationalen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft spürbar verschlechtern. Dies würde wohl zu einer merklich schwächeren Expansion hierzulande führen.

Informationen: doehrn@rwi-essen.de

Innovationen: NRW hinkt Deutschlands Süden deutlich hinterher

Im Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg zeigt sich Nordrhein-Westfalen wenig innovativ: weniger Beschäftigte im FuE-Bereich, geringere Forschungsintensität und weniger Investitionen in Spitzentechnologien kennzeichnen das bevölkerungsreichste Bundesland. Der „Innovationsbericht 2006“ des RWI Essen und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zeigt zudem, dass auch im Bildungssystem noch einiges zu tun ist, um NRW fit für die Zukunft zu machen.

Will Nordrhein-Westfalen im Bereich Innovationen zur deutschen Spitze gehören, hat es viel aufzuholen. Noch fällt der Vergleich mit den dort führenden süddeutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg bei den meisten Innovationsindikatoren eher ernüchternd aus. Zu diesem Ergebnis kommt der „Innovationsbericht 2006 – Zur Leistungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen in Wissenschaft, Forschung und Technologie“, den

das RWI Essen zusammen mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Auftrag des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt hat. Demnach arbeiteten im Jahr 2003 beispielsweise nur 16% der bundesweit im Bereich „Forschung und experimentelle Entwicklung“ (FuE) tätigen Frauen und Männer in NRW. Dieser Anteil lag deutlich unter dem Nordrhein-Westfalens an der Bevölkerung von 21,9%. In Baden-Württemberg (22,1%) und Bayern (20,4%) liegen die Anteile FuE-Beschäftigter hingegen deutlich über den Bevölkerungsanteilen. Zentrale Forschungseinheiten großer internationaler Konzerne kann NRW nur in einzelnen Bereichen der Chemischen Industrie, nicht jedoch in der Pharmazeutischen Industrie vorweisen.

Entsprechend niedriger ist in NRW auch die Forschungsintensität der Wirtschaft: Der Anteil der FuE-Aufwendungen von

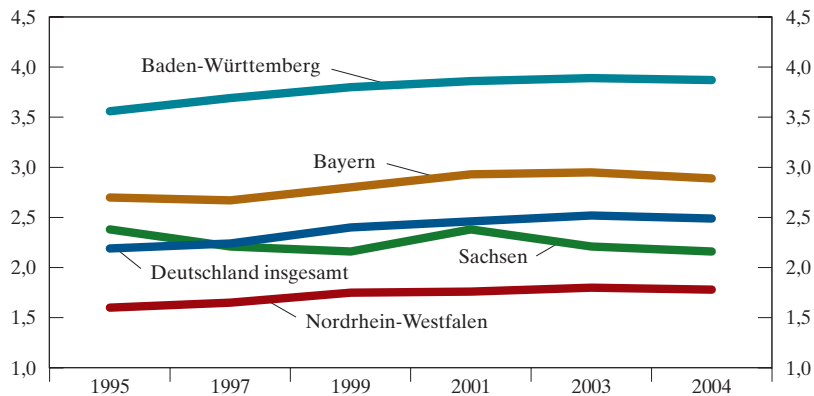
Unternehmen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2003 bei nur 1,09%. Auch hier schnitten Baden-Württemberg (3,08%) und Bayern (2,04%) deutlich besser ab und lagen über dem Bundesdurchschnitt (1,76%). Staats- und Hochschulsektor eingeschlossen, lag die Forschungsintensität 2004 in NRW bei 1,78%, in Bayern bei 2,89% sowie in Baden-Württemberg bei 3,89% und im Bundesdurchschnitt bei 2,49%.

Diese Abstände haben sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert. Bis 2010 soll die Forschungsintensität im Rahmen des „Barcelona-Ziels“ innerhalb der EU-25 jedoch auf 3% erhöht werden, zwei Drittel davon soll die private Wirtschaft tragen, ein Drittel die öffentliche Hand. In NRW soll dieses ehrgeizige Ziel 2015 erreicht sein.

In NRW wird zu wenig in Spitzentechnologien investiert

Betrachtet man, für welche Technologiekategorien die Unternehmen FuE-Ausgaben tätigen, zeigt sich eine weitere Schwäche Nordrhein-Westfalens: von den jährlich rund 5 Mrd. € werden 61% in hochwertige Technologien, aber nur 10,6% in Technologien der Hightech-Branchen (Spitzentechnologien) investiert. In Baden-Württemberg beträgt dieser Anteil 60%, in Bayern 43%. Zwar bescheinigt der Innovationsbericht dem Land NRW vielversprechende Ansätze in den Hightech-Branchen. Es könne jedoch zur Zeit in keinem der Spitzentechnologiefelder uneingeschränkt als das führende Bundesland gelten. Ähnliches gilt für die meisten der so genannten „Zukunftstechnologien“ (Informations- und Kommunikationstechnologien, Bio-

FuE-Aufwendungen in ausgewählten Bundesländern
1995 bis 2004; Anteil am BIP in %



Nach Angaben des Stifterverbandes.

technologie, Nanotechnologie, Neue Werkstoffe, Medizintechnik, Logistik, Umwelttechnologien und Energietechnik). Auch hier kann NRW momentan trotz guter Ansätze auf einigen Gebieten wie der Umwelt- und Energietechnik kaum als regionaler Repräsentant der „technologischen Avantgarde“ in Deutschland gelten. Die Gründungsintensität (Unternehmensgründungen je 10 000 Erwerbstätige) ist in fast allen Segmenten der Spitzentechnologien in NRW ebenfalls unterdurchschnittlich. Bei den Hochwertigen Technologien ist der Abstand zu den führenden Bundesländern vergleichsweise gering, in konventionellen industriellen Sektoren ist für NRW fast ausnahmslos eine überdurchschnittliche Gründungstätigkeit zu beobachten.

Unterschiede zeigen sich auch zwischen den drei NRW-Großregionen Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiet. Zwar hat sich der Wachstumsabstand zwischen dem Ruhrgebiet einerseits und dem Rheinland und Westfalen andererseits während der vergangenen 25 Jahre allmählich verringert, und das wirtschaftliche Wachstum übertrifft neuerdings sogar leicht das der beiden anderen Landesteile. Die gesamtwirtschaftliche Forschungsintensität des Ruhrgebiets liegt jedoch mit 1,3% des BIP



Stellten den „Innovationsbericht“ gemeinsam in einer Pressekonferenz in der Düsseldorfer Staatskanzlei vor: NRW-Innovationsminister Andreas Pinkwart und RWI-Präsident Christoph M. Schmidt

nur knapp über der in Westfalen (1,2%) und deutlich hinter der im Rheinland (2,4%).

Bildungssystem braucht mehr Geld und Effizienz

Da Humankapital, Bildung und Ausbildung die Voraussetzung für künftige Innovationen sind, wurden auch sie in den Innovationsbericht einbezogen. Dabei zeigt sich, dass Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zwar massiv in sein Bildungssystem investiert hat. Es liegt jedoch auf allen Bildungsstufen mit seinen Ausgaben pro Schüler/Studierenden unter dem Bundesdurchschnitt. Erfreulich ist, dass der Anteil der Schulabgänger ohne Hochschulabschluss im Schuljahr 2002/03 in keinem anderen Bundesland so niedrig war wie in NRW (6,9%).

Andererseits war die Übergangsquote von Schulabsolventen des Jahrgangs 2000 mit Hochschulzugangsberechtigung zur Hochschule mit 66,2% ebenfalls die niedrigste in Deutschland (Bayern: 82,2%, Baden-Württemberg: 78,4%, Bundesdurchschnitt:

73,1%). Die Studierendenquote, gemessen als der Anteil der Studierenden an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, lag 2003 mit 16,9% zwar höher als in den süddeutschen Flächenländern (Bayern: 10,6%, Baden-Württemberg: 10,6%). Die im Vergleich zu dort etwas längere Fachstudiedauer und der besonders hohe Anteil von Langzeitstudenten offenbaren jedoch erhebliche Effizienzdefizite der Hochschulbildung in NRW.

Für die künftige Innovationspolitik in NRW empfehlen das RWI Essen und der Stifterverband unter anderem, die Förderung auf neue Industrien und Dienstleistungszweige zu konzentrieren. Insbesondere empfehlen sie hierzu die Spitzentechnologie-Bereiche Biotechnologie, Nanotechnologie, Neue Werkstoffe und Medizintechnik. Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte in NRW sollten die Förderprioritäten zu Gunsten des Innovationsbereichs verschoben werden. Beispielsweise könnte statt in Steinkohlesubventionen in Hochtechnologiesektoren investiert und so dem Ruhrgebiet zusätzliche Impulse gegeben werden.

Um das „Barcelona-Ziel“ zu erreichen, ist es jedoch in erster Linie notwendig, dass die Wirtschaft in NRW ihre FuE-Ausgaben deutlich erhöht. Darin waren sich auch NRW-Innovationsminister *Andreas Pinkwart* und RWI-Präsident *Christoph M. Schmidt* einig, als sie den „Innovationsbericht 2006“ im Rahmen einer Pressekonferenz in der Düsseldorfer Staatskanzlei der Presse vorstellten.

Die Untersuchung mit dem Titel „Innovationsbericht 2006“ ist in Kurz- und Langfassung als „RWI : Projektbericht“, erschienen. Sie ist unter www.rwi-essen.de/pb als pdf-Download erhältlich. Informationen: lageman@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

Betriebliche Lohnbildung und Marktlöhne. DFG-Projekt. Ansprechpartner: Prof. Dr. Thomas Bauer. Laufzeit: 2 Jahre.

Der Zusammenhang zwischen Steuerlast- und Einkommensverteilung. Projekt für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Ansprechpartner: Dr. Rainer Kambeck. Laufzeit: 10 Monate.

Vorträge und Konferenzen

Konferenz „Subventionen und Subventionsabbau“ auf Zeche Zollverein



Zeigte sich engagiert: NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben

„Subventionen und Subventionsabbau“ war der Titel einer Konferenz, die am 4. Oktober 2006 im Weltkulturerbe Zeche Zollverein in Essen-Katernberg stattfand.

Ulrike Hotopp (Health and Safety Executive, London) und *Lars Hendrik Röller* (ehem. Europäische Kommission).

Die abschließende Podiumsdiskussion machte deutlich, dass Subventionen nicht ohne besondere Rechtfertigung und regelmäßige Erfolgskontrolle eingesetzt werden sollten. Reine Erhaltungssubventionen, wie sie beispielsweise der deutsche Steinkohlenbergbau erhält, sind hingegen abzulehnen.

Informationen: kambeck@rwi-essen.de

Auf Einladung von *Michael C. Burda* (Humboldt-Universität zu Berlin) und RWI-Präsident *Christoph M. Schmidt* trafen sich zahlreiche Experten, um das Thema Subventionen aus Sicht der Wissenschaft und der Politik zu diskutieren.

NRW-Wirtschaftsministerin *Christa Thoben* sprach zur „Ansiedlungspolitik ohne Subventionen?“, *Karl Diller*, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, erläuterte „Schritte zum Subventionsabbau in Deutschland“.

Subventionen aus Sicht der Wissenschaft waren Inhalt der Vorträge von *Clemens Fuest* (Universität zu Köln),



Gruppenbild mit Damen: Referenten und Teilnehmer der Podiumsdiskussion, v.l.n.r. Jürgen Kromphardt (Technische Universität Berlin), Winfried Fuest (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln), Ulrike Hotopp (Health and Safety Executive, London und University College London), Justus Haucap (Ruhr-Universität Bochum), Karen Horn (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Christoph M. Schmidt (RWI Essen) sowie Michael C. Burda (Humboldt-Universität zu Berlin)

RWI Essen nimmt an erster „Wissenschaftsmesse Ruhr“ teil

Am 18. Oktober 2006 fand in der ehemaligen Waschkaue der Dortmunder Zeche Adolph von Hansemann die erste „Wissenschaftsmesse Ruhr“ statt. Veranstaltet wurde sie vom „Wissenschaftsforum Ruhr“, in dem sich 24 außeruniversitäre Forschungsinstitute des Ruhrgebiets zusammengeschlossen haben, um gemeinsam die Wissenschaftskultur und den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit im Ruhrgebiet zu stärken. Die Mitgliedsinstitute stammen aus den Bereichen Biomedizin, Gesundheit, Analytik, Kultur- und Geisteswissenschaften, Technologie und Umwelt sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Im Rahmen der Messe präsentierte auch das RWI Essen seine Arbeit. Zum Programm gehörte unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema „Metropole Ruhr – Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation“, an der RWI-Wissenschaftler Dr. Bernhard Lageman teilnahm. Er forderte vor allem stärkere Forschungsbemühungen der Ruhrwirtschaft. Diese lägen bislang deutlich unter dem Landes- und unter dem Bundesdurchschnitt. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion endete die erste „Wissenschaftsmesse Ruhr“ mit einem kleinen Empfang.

Informationen: schmidtj@rwi-essen.de

Zuwanderung allein löst Deutschlands demographische Probleme nicht

Mit Möglichkeiten und Grenzen der „Migration im Rahmen des demographischen Wandels“ beschäftigte sich das diesjährige RWI-Wirtschaftsgespräch. Während RWI-Vorstandsmitglied Prof. Thomas Bauer sich dabei für ein Punktesystem aussprach, um die Zuwanderung flexibler zu steuern, lehnte der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein eine solche Lösung ab. Der Europaabgeordnete Cem Özdemir plädierte dafür, die Zuwanderungspolitik der EU-Mitgliedstaaten zumindest besser zu koordinieren. Einigkeit herrschte darüber, dass sich die demographischen Probleme Deutschlands nicht allein durch Migration lösen lassen.

„Migration im Rahmen des demographischen Wandels“ lautete der Titel des 10. RWI-Wirtschaftsgesprächs, zu dem die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung am 8. November 2006 in das ConferenceCenter der Commerzbank Essen eingeladen hatte. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren: Dr. *Günther Beckstein*, Bayerischer Staatsminister des Innern; *Cem Özdemir*, Abgeordneter des Europäischen Parlaments; *Ahmet Yilmaz*, Vorsitzender des Ausschusses Automobil/Autozulieferer der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer sowie

RWI-Vorstandsmitglied Prof. Dr. *Thomas K. Bauer*. Die Moderation hatte WDR-Moderatorin *Asli Sevindim* übernommen.

Die Einführung ins Thema übernahm Prof. Bauer mit einem Kurzvortrag zu aktuellen Ergebnissen aus der Forschung. Dazu gehört, dass bisher keine negativen Effekte von Zuwanderung auf Löhne und Beschäftigung Einheimischer nachweisbar sind. Zudem präsentierte er Bevölkerungsprognosen und führte aus, dass Deutschland wegen geringer Löhne für Spitzenleistungen, hoher Steuerbelastung und eines eher „migrationsunfreundlichen“ gesellschaftlichen Umfelds derzeit nicht besonders attraktiv für qualifizierte Migranten sei. Ohnehin könne Zuwanderung den demographischen Wandel und seine Folgen (Überalterung der Gesellschaft, höhere Belastung der sozialen Sicherungssysteme) bestenfalls abschwächen, nicht jedoch stoppen. Er plädierte dafür, ein Punktesystem einzuführen, um die Zuwanderung gezielt und flexibel zu steuern. Ein solches System würde nur Migranten mit benötigter Qualifikation die Zuwanderung ermöglichen.

Wenig Chancen für die Einführung eines solchen Punktesystems in absehbarer Zeit sah hingegen der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein. Ein solches System sei nur dann durchsetzbar, wenn innerhalb der EU vollständige Freizügigkeit der Arbeitnehmer herrsche, da eine solche Regelung sonst vom Europäischen Gerichtshof sofort wieder gekippt würde. Ohnehin sei in den nächsten 15 Jahren keine Zuwanderung von durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften nötig. Der Bedarf werde durch deutsche Arbeitslose und Arbeitnehmer aus EU-Ländern gedeckt, sagte Beckstein. Anders sehe es bei hoch Qualifizierten aus, hier sei Deutschland bereits ein Auswanderungsland. „Wir brauchen mehr Zuwanderer, die uns nützen, und weniger, die uns ausnützen“ spitzte der Politiker zu. Humanitäre Zuwanderung sei nötig, dürfe aber nicht dominieren. Gleichzeitig lehnte er es ab, die Zuwanderung europaweit einheitlich zu regeln. Die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme der europäischen Mitgliedstaaten seien dafür zu verschieden.

Der Europaabgeordnete Cem Özdemir sprach sich dafür aus, europaweit die Zuwanderung zumindest besser zu koordinieren. In Deutschland könne das auch von Prof. Bauer befürwortete Punktesystem

helfen, die Zuwanderung gezielter zu steuern. Überalterung und andere demographische Probleme ließen sich jedoch allein durch Zuwanderung nicht lösen. Zusätzlich gelte es, das vorhandene Potenzial besser zu nutzen, so Özdemir. Damit Deutschland international konkurrenzfähig bleibe, müssten beispielsweise Migrantenkinder besser ausgebildet werden.

Ahmet Yilmaz von der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer kritisierte, dass Migranten in Deutschland immer noch kaum akzeptiert seien. Meist würde nur über ihren ökonomischen Nutzen diskutiert. Aus seiner beruflichen Praxis berichtete er zudem, dass Deutschland als Zuwanderungsland für viele qualifizierte Migranten nicht interessant sei. Er habe Schwierigkeiten, Fachleute für seinen Autozulieferer-Betrieb in der Türkei anzuwerben. Zudem dauerten behördliche Entscheidungen häufig zu lange, so Yilmaz. Er berichtete von einem Fall, in dem ihm die Beschäftigung eines türkischen Spezialisten zwar genehmigt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt sei das entsprechende Projekt jedoch bereits abgeschlossen gewesen.

RWI-Vorstandsmitglied Prof. Thomas K. Bauer plädierte auch im Rahmen der Podiumsdiskussion für die Einführung eines flexiblen Punktesystems für Zuwanderer. Daneben forderte er Politik und Medien auf, ihrer Informationspflicht besser nachzukommen. In der Öffentlichkeit müsse bekannter gemacht werden, dass es keine wissenschaftlich nachgewiesenen negativen Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung gebe. Auch die Vorstellung eines festen „Kuchens“ an Arbeitsvolumen sei falsch. Vielmehr könne ein qualifizierter Zuwanderer das Arbeitsvolumen erhöhen, indem er beispielsweise Mitarbeiter einstelle.

Informationen: weiler@rwi-essen.de



Die Teilnehmer des „RWI : Wirtschaftsgesprächs“ (v.l.n.r.): Ahmet Yilmaz (Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer), Thomas K. Bauer (RWI Essen), Günther Beckstein (Bayerisches Staatsministerium des Innern), Asli Sevindim (WDR), Dietmar Kuhnt (Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI Essen), Cem Özdemir (Europäisches Parlament) und Christoph M. Schmidt (RWI Essen)

Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose für Akteure aus NRW

Was bedeutet die Konjunkturprognose für mein Unternehmen/meinen Verband? Wie sieht die konjunkturelle Situation in NRW aus? Und was hat das RWI Essen damit zu tun? Solche und viele andere Fragen wurden am 23. Oktober im RWI Essen beantwortet. Erstmals fand dort die Vorstellung der „Gemeinschaftsdiagnose“ und aktueller Forschungsergebnisse des RWI Essen für Unternehmen und Institutionen aus NRW statt. Die „Gemeinschaftsdiagnose“ wird halbjährlich von den sechs großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten gemeinsam erstellt und informiert über die konjunkturellen Aussichten Deutschlands und der Welt. RWI-Vorstandsmitglied Prof. Dr. *Wim Kösters* und „Konjunkturchef“ Dr. *Roland Döhrn* stellten das aktuelle Gutachten vom Herbst 2006 und die in ihm enthaltene Konjunkturprognose vor. Viele Vertreter aus Wirtschaft und Politik waren der Einladung gefolgt und zeigten



Zur Vorstellung der „Gemeinschaftsdiagnose“ für Unternehmen und Institutionen aus NRW war der große Sitzungssaal des RWI Essen gut gefüllt

sich sehr interessiert. Nach positivem Feedback plant das RWI Essen nun, mindestens einmal im Jahr zu einer solchen Veranstaltung einzuladen.

Informationen: doehrn@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

RWI-Präsident Schmidt spricht vor Ruhrpressekonferenz über Strukturförderung

„Seid verschlungen Milliarden?“ – unter diesem Titel präsentierte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt am 30. Oktober der Ruhrpressekonferenz Ergebnisse zur Wirksamkeit der bisherigen Förderpolitik im Ruhrgebiet. Kurz vor Beginn der neuen Förderperiode (ab 2007) sprach er sich für die Abkehr vom Gießkannen-Prinzip aus. Vor allem sei es wichtig, durch wissen-

schaftliche Evaluationen zu ermitteln, ob und welche Wirkung einzelne Fördermaßnahmen tatsächlich hätten, so Schmidt. Die Ruhrpressekonferenz e.V. ist ein unabhängiger Verein hauptberuflich tätiger Journalistinnen und Journalisten, die über das Ruhrgebiet berichten.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Dritter Jahrgang der RGS Econ offiziell begrüßt

Mit einer offiziellen Feier wurde im RWI Essen der dritte Jahrgang von Stipendiaten der *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) begrüßt. Er hat am 1. Oktober 2006 mit seiner dreijährigen akademischen Ausbildung begonnen und wird im ersten

Jahr am RWI Essen betreut. Damit ist die vor drei Jahren gegründete RGS Econ nunmehr komplett. Die Verbundinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie des RWI Essen ermöglicht pro Jahrgang acht Studierenden

ein Promotionsstudium auf höchstem wissenschaftlichem Niveau. Der dritte Jahrgang besteht aus fünf Stipendiaten und drei Stipendiatinnen, die alle aus Deutschland stammen. Diese haben sich unter 180 Bewerbern aus aller Welt durchgesetzt. Während die bisherigen Jahrgänge insbesondere durch finanzielles Engagement der Privatwirtschaft mit Vollstipendien ausgestattet werden konnten, wurden in diesem Jahr sieben Stipendien Dank der Förderung durch den „Pakt für Forschung und Innovation“ der Leibniz-Gemeinschaft vergeben. Das achte Stipendium finanzierte, wie auch schon im vergangenen Jahr, die National-Bank Essen.

An der Feier nahm daher auch Prof. Dr. Dr.h.c. *Ernst Rietschel*, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, teil. Die RGS Econ wird in den nächsten beiden Jahren insgesamt mehr als 400 000 € aus deren „Pakt für Forschung und Innovation“ erhalten. Das Geld soll verwendet werden, um den Ausbau der Graduate School voranzutreiben und sie in der wissenschaftlichen Gemeinschaft weiter zu etablieren. Zudem sichert es, dass bis 2008 jeweils acht deutsche und internationale Doktorandinnen und Doktoranden aufgenommen werden können. Der durch das BMBF initiierte „Pakt für Forschung und Innovation“ ist ein wettbe-



Viele glückliche Gesichter zur Begrüßung des dritten Jahrgangs der RGS Econ: v.l.n.r. LMR Reiner Kämpgen (Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Sprecher RGS Econ/Präsident des RWI Essen), Doktorandinnen und Doktoranden der dritten RGS-Kohorte, Dr. Henner Puppel (Sprecher des Vorstands der National-Bank AG, Essen), Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst Th. Rietschel (Präsident der Leibniz-Gemeinschaft), Prof. Dr. Wolfgang Leininger (Sprecher der RGS Econ/Universität Dortmund)

werbliches Verfahren der außeruniversitären Forschungseinrichtungen von Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft und Teil der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder.

Im Rahmen der Begrüßungsfeier wurde zudem ein Kooperationsabkommen der RGS Econ mit der *Vienna Graduate School of Finance* unterzeichnet. Beide werden künftig Studenten, Referenten und Gastwissenschaftler austauschen. Studenten können jeweils bis zu sechs Monate an der Partnerinstitution verbringen.

Informationen: rumpf@rwi-essen.de

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download unter www.rwi-essen.de/dp

(49) Thomas K. Bauer and Mathias Sinning, An Extension of the Blinder-Oaxaca Decomposition to Non-Linear Models

In diesem Papier wird ein generalisiertes Dekompositionsverfahren für Tobit-Mo-

delle hergeleitet, welches auch auf nicht-lineare Modelle angewandt werden kann. Dieses Verfahren erlaubt eine Unterteilung der Differenzen nicht-linearer Ergebnisvariablen zweier Gruppen in zwei Teile: einen Teil, der durch Unterschiede in beobachtbaren Charakteristika erklärt, und

einen Teil, der auf Unterschiede in den geschätzten Koeffizienten zurückgeführt werden kann. Ausgehend davon wird zudem gezeigt, wie sich die Schätzergebnisse verschiedener nicht-linearer Modelle zerlegen lassen.

(50) Rich Iovanna and Colin Vance, Satellites and Suburbs: A High-resolution Model of Open-space Conversion

Diese Studie untersucht Bestimmungsfaktoren landschaftlicher Veränderungen anhand eines 10 000 Quadratmeilen großen Gebiets im US-Bundesstaat North Carolina, in dem eine umfangreiche Umwandlung von Wald und landwirtschaftlicher Nutzfläche stattfindet. Um die zeitlichen und räumlichen Dimensionen dieser Veränderungen zu modellieren, werden fünf Satellitenaufnahmen aus dem Zeitraum 1976 bis 2001 mit einer Auswahl von erklärenden Variablen verknüpft, die auf sozio-ökonomischen, ökologischen und Daten des Geoinformationssystems (GIS) basieren. Die empirischen Ergebnisse bestätigen die Signifikanz verschiedener bestimmender Faktoren der Verstädterung, die in der Literatur bereits beschrieben sind, einschließlich der Nähe zu Straßen und der Bevölkerungsdichte. Gleichzeitig deuten sie an, dass die Parametrisierung dieser Variablen verzerrt wird, wenn der Einfluss der Landschaftsstruktur nicht berücksichtigt wird. Daraus wird gefolgert, dass die Berücksichtigung von räumlichen Rastern sowohl die Erklärungs- als auch die Vorhersagekraft des geschätzten Modells signifikant verbessert.

(51) Roland Döhrn, Improving Business Cycle Forecasts' Accuracy – What Can We Learn from Past Errors?

Dieses Papier behandelt die Frage, ob Konjunkturbeobachter bessere Prognosen erstellen könnten, wenn sie die verfügbaren Informationen effizienter nutzen würden (Informationseffizienz von Prognosen).

Dazu wird getestet, ob Prognosefehler mit gängigen Konjunkturindikatoren wie Umfrageergebnissen, monetären Daten, Konjunkturzyklus-Indikatoren oder Finanzdaten korreliert sind. Wegen des kurzen Erfassungszeitraums und Datenproblemen wird ein nicht-parametrischer Rang-Test angewendet. Die Analyse wird für das BIP und seine Verwendungsaggregate durchgeführt. Dabei wird zwischen zwei Arten von Fehlern unterschieden: Der Fehler erster Art tritt auf, wenn Wissenschaftler die Informationen eines Indikators vernachlässigen. Als Fehler zweiter Art werden Situationen eingestuft, in denen Wissenschaftler einem einzelnen Indikator ein zu hohes Gewicht geben. In zahlreichen Fällen sind die Prognosefehler mit den Indikatoren korreliert, wenn auch meist auf einem geringen Signifikanzniveau. Überwiegend wurden Fehler erster Art gefunden. Zusätzliche Tests ergaben keine Hinweise auf institutionenspezifische oder vom Prognosehorizont abhängige Effekte. In vielen Fällen spiegelten sich für das BIP gefundene Kovariationen nicht in Verwendungskomponenten wider und umgekehrt.

(52) Harald Tauchmann, Silja Göhlmann, Till Requate and Christoph M. Schmidt, Tobacco and Alcohol: Complements or Substitutes? – A Statistical Guinea Pig Approach

Die Frage, ob zwei Suchtmittel – speziell Tabak und Alkohol – komplementär oder substitutiv konsumiert werden, ist von großem Interesse, wenn es unbeabsichtigte Nebeneffekte von Maßnahmen zur Suchtbekämpfung zu berücksichtigen gilt. Zahlreiche Untersuchungen sind diese Frage empirisch angegangen, indem Nachfragesysteme für Alkohol und Tabak geschätzt und Kreuzpreiseffekte berechnet wurden. Allerdings trifft dieser traditionelle Ansatz häufig auf das Problem, dass die verwendeten Befragungsdaten kaum Preisvariation aufweisen. In diesem Papier wird deshalb ein alternativer Instrumentvariablen-An-

satz vorgeschlagen, der statistisch ein klinisches Experiment imitiert und nicht auf Preisen als erklärenden Variablen beruht. Dieser Ansatz wird auf deutsche Befragungsdaten angewendet. Die Schätzergebnisse legen nahe, dass eine Reduktion des Tabakkonsums auch zu einem geringeren Alkoholkonsum führt. Zudem wird theoretisch gezeigt, dass dies Komplementarität von Alkohol und Tabak impliziert. Daraus wird geschlossen, dass erfolgreich gegen das Rauchen gerichtete Maßnahmen wohl nicht den unbeabsichtigten Nebeneffekt zunehmenden Alkoholkonsums bzw. -missbrauchs nach sich ziehen werden.

(53) Manuel Frondel, Rainer Kambeck, and Christoph M. Schmidt, Hard Coal Subsidies: A Never-Ending Story?

Seit mittlerweile fast einem halben Jahrhundert wird der deutsche Steinkohlenbergbau mit erheblichen staatlichen Mitteln unterstützt. Trotz einer immer geringeren beschäftigungspolitischen Bedeutung stieg die Höhe der Subventionen beinahe unaufhörlich an und erreichte 1996 mit 6,7 Mrd. € ihren Höhepunkt. Erst danach

wurden die Subventionen reduziert – auf etwa 2,7 Mrd. € 2005. Es ist derzeit nicht auszuschließen, dass diese staatliche Unterstützung bis weit ins nächste Jahrzehnt hinein oder sogar darüber hinaus verlängert wird.

Dieser Artikel zeigt, dass die seit Jahrzehnten immer wieder vorgebrachten Argumente für eine Steinkohlensubventionierung in Deutschland wie auch in anderen EU-Staaten einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Spätestens seit der 1998 erfolgten Liberalisierung der EU-Energiemärkte ist insbesondere das Argument der Versorgungssicherheit obsolet. Zusätzlich zu den Lasten, die den öffentlichen Haushalten aufgebürdet werden, entstehen dem Staat so erhebliche Opportunitätskosten, da diese Finanzmittel nicht für alternative, weitaus nützlichere öffentliche Investitionen verwendet werden können. Unter Wohlfahrtsgesichtspunkten wird daher die baldige Abschaffung dieser Subventionen empfohlen, vor allem in Deutschland, wo sich die Summe an Steinkohlensubventionen rein nominal inzwischen auf weit über 130 Mrd. € beläuft.

RWI : Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/mat

(28) Jochen Kluge, Die Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik in Europa

Die meisten europäischen Staaten setzen Maßnahmen der Aktiven Arbeitsmarktpolitik – z.B. Fortbildungsprogramme oder Lohnsubventionen – zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein, oftmals mit erheblichem finanziellen Aufwand. Es gibt jedoch kaum länderübergreifende empirische Erkenntnisse, welche Maßnahme unter welchen Bedingungen für welche Teilnehmergruppe tatsächlich wirksam ist. Eine Meta-Analyse auf Basis von Evaluationsstudien aus einzelnen europäischen Län-

dern kann diese Frage beantworten – mit überraschend deutlichen Ergebnissen.

Die Studie erscheint als Kluge, J., D. Card, M. Fertig, M. Gora, L. Jacobi, P. Jensen, R. Leetmaa, L. Nima, E. Patacchini, S. Schaffner, Ch.M. Schmidt, B. van der Klaauw and A. Weber (2007), Active Labor Market Policies in Europe: Performance and Perspectives. Berlin et al.: Springer.



Intern

Andreas Oberheitmann baut chinesisches Umweltforschungszentrum mit auf

Andreas Oberheitmann, Ph.D., RWI-Experte für Energie- und Umweltpolitik in China, wird ab Februar 2007 für zwei Jahre als Gastprofessor am *Department of Environmental Science and Engineering* der *Tsinghua University* in Beijing arbeiten. Dort unterstützt er maßgeblich den Aufbau eines neuen Umweltforschungszentrums an der *Tsinghua University*, das *Research Center for International Environmental Policy*, welches er zusammen mit einem chinesischen Kollegen leiten wird. Von deutscher Seite getragen wird das Vorhaben vom *Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM)*, welches maßgeblich von der *Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)* finanziert wird. Herr Oberheitmann wird für diese Zeit von seiner Arbeit im RWI Essen freigestellt.

Fokus des neuen Zentrums ist angewandte und Grundlagenforschung zur internationalen Umweltpolitik, insbesondere zum Klimaschutz. Ziel soll es sein, auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse Klima-



schutzprojekte zu initiieren. Der so genannte *Clean Development Mechanism* des Kyoto Protokolls bietet unter anderem der deutschen Industrie die Möglichkeit, diese Projekte dann zusammen mit chinesischen Partnern durchzuführen und sich die erwirtschafteten Treibhausgasminderungserfolge auf die eigenen Minderungsverpflichtungen gegenüber dem Kyoto-Protokoll anrechnen zu lassen. China ist derzeit nach den USA der weltweit zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen.

Informationen: oberheit@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

David Card erhält IZA-Preis

Der renommierte Arbeitsmarktmarktforscher Prof. *David Card*, Ph.D. ist Preisträger des diesjährigen IZA-Preises für Arbeitsökonomie. Card ist Mitglied im Forschungsbeirat des RWI Essen und lehrt an der amerikanischen *University of California*, Berkeley. Seine enge Beziehung zum RWI Essen zeigt sich auch darin, dass er derzeit den RGS-Stipendiaten *Jan Brenner* bei dessen Forschungsaufenthalt in Berkeley betreut. Card erhielt den Preis gemeinsam mit Prof. *Alan B. Krueger* von der

Princeton University. Beide werden damit für ihre großen Verdienste um die politikorientierte empirische Arbeitsmarktforschung insbesondere auf dem Gebiet von Bildung und Ausbildung gewürdigt. Der



Preis ist mit 50 000 € der finanziell am besten dotierte für Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland.

Neue Mitarbeiter im RWI Essen



Bereits seit 1. August 2006 verstärkt *Michael Schild* das Team des RWI Essen. Er absolviert im Kompetenzbereich Daten seine Ausbildung zum Informatiker für Systemintegration. Nach dem Abitur studierte der gebürtige Berliner zuvor Elektrotechnik an der TU Berlin.

Seit Oktober 2006 arbeitet *Barbara Winter* als wissenschaftliche Referentin im Kompetenzbereich „Migration, Integration, Bildung“ im RWI Essen. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Finanzwissenschaften, Finanzwirtschaft und Banken sowie Unternehmensrechnung und Controlling an der Universität Duisburg-Essen.



Bereits während des Studiums war sie als studentische Hilfskraft im RWI Essen tätig. Ihre Diplomarbeit trug den Titel „Internationale Schulleistungsvergleiche: Eine Auswertung der PISA-Studie 2003 mit Hilfe der Quantilsregression“. Auch ihre Promotion wird sich voraussichtlich mit einem bildungsökonomischen Thema befassen.

Frohes Fest

Das RWI-Team wünscht allen Lesern eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr!

RWI : News
Nr. 5/2006 (Dezember 2006)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Fotos: Mike Henning, Dr. Markus Scheuer, Sabine Weiler

ISSN 1612-3581

